

Olaf Asbach (Hrsg.)



Der moderne Staat und ›le doux commerce‹

Politik, Ökonomie und internationale Beziehungen
im politischen Denken der Aufklärung



Nomos

Wissenschaftlicher Beirat:

Virgilio Afonso da Silva, São Paulo

Klaus von Beyme, Heidelberg

Wolfgang Kersting, Kiel

Herfried Münkler, Berlin

Henning Ottmann, München

Walter Pauly, Jena

Pier Paolo Portinaro, Torino

Ryuichiro Usui, Tokyo

Loïc Wacquant, Berkeley

Barbara Zehnpfennig, Passau

Staatsverständnisse

Herausgegeben von
Rüdiger Voigt

Band 68

Olaf Asbach (Hrsg.)

Der moderne Staat und ›le doux commerce‹

Politik, Ökonomie und internationale Beziehungen
im politischen Denken der Aufklärung



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-0083-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-4405-1 (ePDF)

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung

Olaf Asbach (Hamburg)

Politik, Handel und internationale Ordnung im Denken der Aufklärung 13

II. Die Aufklärung auf dem Weg zum ‚doux commerce‘?

Olaf Asbach (Hamburg)

Zur politischen Ökonomie des Friedens.

Staat, Handel und internationale Ordnung beim Abbé de Saint-Pierre 39

Marco Platania (Triest)

Montesquieu und der ‚doux commerce‘:

Wie der Handel Gesellschaft und Politik verwandelt 69

Bruce Buchan (Brisbane)

Untertanen und Herrscher:

Hobbes und Hume über die Geschichte der Sicherheit 91

III. Aufklärung und Handel zwischen Apologie und Kritik

Céline Spector (Bordeaux)

Rousseaus Grundsätze des *Kriegsrechts* und die

Kritik des ‚doux commerce‘ 117

Hans-Ulrich Thamer (Münster)

Physiokraten und Anti-Physiokraten. Ökonomie, Staat und Gesellschaft
im politischen Diskurs der französischen Spätaufklärung

139

Matthias Bohlender (Osnabrück)

Adam Smith oder

Von der Kritik der Staatsvernunft zum ‚utopischen Kapitalismus‘ 157

Koen Stapelbroek (Rotterdam) / Antonio Trampus (Venedig)

Vattels *Droit des gens* und die europäischen Handelsrepubliken
im 18. Jahrhundert

181

IV. Von der Aufklärung zur Revolution

Paul Cheney (Chicago)

Aufklärung und die politische Ökonomie des Kolonialismus 207

Marc Bélissa (Paris)

Handel, Diplomatie und nationale Macht in der Französischen Revolution
(1789–1799) 229

Dieter Hüning (Trier)

„Es ist der *Handelsgeist*, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen
kann.“ – Handel, Recht und Frieden in Kants Geschichtsphilosophie 251

Isaac Nakhimovsky (Yale)

Fichtes ‚Geschlossener Handelsstaat‘ und die Frage des Ewigen Friedens 275

Autorinnen und Autoren 297

I. Einleitung

Olaf Asbach

Politik, Handel und internationale Ordnung im Denken der Aufklärung

I. Einleitung

Die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Ökonomie steht im Zentrum der Versuche, die Ausbildung und Entwicklung der modernen, im Europa der frühen Neuzeit entstehenden Gesellschafts- und Staatenwelt zu verstehen und zu gestalten. Welches sind die Voraussetzungen, Mechanismen und Konsequenzen einer auf Privateigentum, Marktwirtschaft und der freien Verfolgung individueller Interessen beruhenden Staats- und Gesellschaftsordnung? Die grundlegende Bedeutung und die Versprechen, vor allem aber auch die Probleme und die Widersprüche, die sich in Theorie und Praxis mit dieser Ordnung von Anfang an verbinden, sind durch die Entwicklungen und Krisen der jüngeren Vergangenheit noch einmal verstärkt ins Bewusstsein gerufen worden. Diese bilden gleichsam den jüngsten Akt im Zyklus der Konjunkturen, die sich in der Geschichte der modernen Gesellschaften und der marktwirtschaftlich-kapitalistisch organisierten Produktionsverhältnisse immer aufs Neue beobachten lassen und in denen sich hoffnungsfrohe Erwartungen und anschließende Desillusionierung einander in immer neuer Gestalt ablösen.

Mit dem Ende des ideologisch aufgeladenen Ost-West-Gegensatzes, der das globale System seit der Mitte des 20. Jahrhunderts machtpolitisch, militärisch und sozioökonomisch strukturierte, begann eine Phase neuer Hoffnungen, die mit der ungehinderten Ausbreitung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Austauschprozesse freier Akteure verbunden wurden und bis heute mit dem schillernden Begriff der Globalisierung assoziiert werden. Bringen nicht die Öffnung von Güter-, Arbeits- und Finanzmärkten und die Aufhebung von Zöllen und Handelsbeschränkungen eine schier endlose Expansion von Handel, Produktivität und Wohlstand?¹ Werden Macht und Steuerungsfähigkeit von Staaten nicht zunehmend geschwächt, weil sub- und transnationale Akteure, Institutionen, Netzwerke und Bündnisse, Handels- und Rechtsordnungen die Reichweite und Willkür politischer und staatlicher Akteure und Institutionen dauerhaft beschränken oder gar auflösen? Verlieren Ideen zu einer internationalen Rechts- und Friedensordnung zur Durchsetzung und Sicherung von Freiheit, Menschenrechten und Selbstbestimmung damit nicht ihren utopischen Charakter und werden faktisch auf den Weg gebracht?² Erweist sich also am Ende ein grundsätzlicher Zusammenhang von Frieden, Zivilisation und Kapitalis-

1 Ein besonders plastisches Beispiel für eine solche Position ist *Ohmae* 1996.

2 Exemplarisch hierfür, mit zivilgesellschaftlichen Hoffnungen verbunden, etwa *Albrow* 1998.

mus? Der *Handel*, so wird erklärt, sei „das hervorragende Medium“ des Prozesses der Globalisierung als „horizontale und vertikale Ausbreitung und Vertiefung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsform“, die nicht nur ein ökonomischer Prozess sei, sondern zugleich „umfassende bürgerliche Vergesellschaftung“, Zivilisierung und Pazifizierung bedeute, so „daß ein grundlegender und stabiler Friede erst dann gestiftet werden kann, wenn die Welt durchkapitalisiert ist“.³ Solche Diagnosen, Analysen und politisch-ideologische Programmatiken durchziehen in unterschiedlichen Ausgestaltungen und Begründungsformen auch zahllose politische und öffentliche Erklärungen, Berichte und Diskurse. So brachte sie jüngst noch der derzeitige deutsche Bundespräsident plakativ auf den Punkt, als er verkündete: Es „reimt sich Freihandel auf Frieden und Warenaustausch auf Wohlstand“.⁴

Es bestehen jedoch Zweifel daran, dass diese Sicht auf die globale Ausweitung von Handel, kapitalistischer Marktwirtschaft und den mit ihnen verbundenen politischen, rechtlichen und soziokulturellen Verhältnissen und Einstellungen das ganze Bild darstellt. Darauf deutet schon der Umstand, dass sich die zitierte Aussage des Bundespräsidenten in einer Rede findet, mit der er im Rahmen einer Konferenz von Verteidigungsministern, Sicherheitsexperten und Militärs für eine stärkere Übernahme von – auch militärischer – ‚Verantwortung‘ durch die Bundesrepublik in internationalen Konflikten plädierte. Wie bei einem Vexierbild können die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte auch als Bestätigung einer diametral entgegengesetzten Sicht der Dinge dienen. Denn belegen diese Entwicklungen nicht vielmehr erneut, dass und in welchem Maße Politik, Ökonomie und internationale Beziehungen unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise, freier Märkte und Konkurrenzbeziehungen prinzipiell widersprüchliche und konflikthafte Phänomene sind? Unterminieren sie ungeachtet aller Veränderungen hinsichtlich ihrer jeweiligen Erscheinungsformen nicht als solche gerade systematisch den unterstellten Zusammenhang von Handel und Wohlstand, Freiheit, soziokulturellem Fortschritt und Frieden?

Die Globalisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte haben mit neuen Formen internationaler Arbeitsteilung, neuen Märkten, Akteuren und Strukturen zugleich auch vielfältige neue Formen von Ungleichheit und Abhängigkeit, Ausbeutung und Herrschaft erzeugt. Widerspricht also nicht eine Vielzahl neuer oder wieder auflebender politischer, kultureller und ökonomischer Spannungen und Konflikte, militärischer Auseinandersetzungen und Bürgerkriege dem Vertrauen auf transnationale Formen rechtsbasierter friedlicher Konfliktlösung? Werden die Hoffnungen auf die Generalisierung von Zivilität und Freiheit nicht durch gegenläufige Entwicklungen konterkariert? Zu beobachten sind schließlich neue oder erneuerte Formen religiöser

3 Gantzel 2000: 345 u. 344; ähnlich Schlotter 2013: 598 u. 607 f.

4 Gauck 2014: 2.

oder ideologischer Fundamentalismen, der Konstruktion exkludierender kultureller Identitäten oder rassistischer oder nationalistischer Stereotype, Einstellungen und Bewegungen. Diese finden sich nicht nur in jenen Gesellschaften und sozialen Schichten, die aus unterschiedlichen Gründen zu den ‚Verlierern‘ der Globalisierung zählen, sondern auch in denen, die zu deren ‚Gewinnern‘ gehören.

Ebenso können die Annahmen über die Bedeutung von Staaten und Machtpolitik im vermeintlich so neuartigen globalisierten Weltsystem bezweifelt werden. Entgegen vieler Prognosen im ausgehenden 20. Jahrhundert sind Staaten weiterhin zentrale Akteure der Organisation gesellschaftlicher und internationaler Beziehungen und Entwicklungen – auch und gerade in und vermittelt neuartiger Formen trans- und internationaler Institutionen, Regimes und Netzwerke. Sie bleiben Bezugspunkte und konstitutive Elemente bei der Entwicklung der Globalisierungsprozesse und ihres Managements, aber auch ihrer Beschränkung und des Widerstandes gegen sie.⁵ Zugleich haben die aktuellen Banken-, Finanz-, Währungs- und Schuldenkrisen vor Augen geführt, dass die Erwartungen, offene Märkte und globale Prozesse wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Austauschs generierten gleichsam naturwüchsig auch politische Freiheit und demokratische Selbstbestimmung, verfehlt sein könnten. Denn auch in den Metropolen endet offenbar politische und demokratische Entscheidungsfreiheit über die Bedingungen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens in dem Moment, in dem sie den Imperativen ökonomischer Mechanismen, international verflochtenen Wirtschaftsinteressen und mächtigen privaten und öffentlichen Ansprüchen zuwiderlaufen.⁶

Die Ambivalenz dieser Entwicklungen und Diagnosen gibt Anlass, das Verhältnis von Staat und demokratischer Politik, kapitalistischer Ökonomie und trans- und internationaler Beziehungen neu zu überdenken. Bemerkenswert ist dabei, dass der spannungsreiche und widerspruchsvolle Zusammenhang zwischen ihnen und die darauf bezogenen Positionen und Debatten das Resultat einer langen Geschichte sind. Die Auseinandersetzung mit diesen historisch-gesellschaftlichen, theorie-, ideen- und diskursgeschichtlichen Entwicklungen und Prozessen bildet deshalb einen notwendigen Beitrag zur Aufklärung über Verhältnisse, Handlungs-, Denk- und Wahrnehmungsweisen, die die Gegenwart prägen.

5 Vgl. aus unterschiedlichen Perspektiven *Deitelhoff/Geis* 2010, *Benz* 2012 oder *Hirsch* 2005.

6 Einem Drehbuch mit dem Titel ‚TINA und die marktkonforme Demokratie‘ gleich könnte man etwa den Bogen von Margret Thatcher zu Angela Merkel schlagen: Hatte die eine als britische Premierministerin um 1980 die Alternativlosigkeit der Politik gegenüber marktwirtschaftlichen Dynamiken programmatisch formuliert, so forderte die deutsche Bundeskanzlerin drei Jahrzehnte später, die EU-Staaten müssten demokratische Politik „marktkonform“ gestalten.

II. Die große Erzählung vom ‚doux commerce‘

Die Hoffnungen auf die Wohlstand, Freiheit und friedliche Kooperation generierenden Effekte offener Märkte, die gegenwärtig vielfach enttäuscht werden, sind alles andere als neu. Sie gehen auf Vorstellungen und Konzeptionen zurück, die im langen 18. Jahrhundert entwickelt worden sind. In dieser Zeit rückte die Frage nach der Bedeutung von Handel, Markt und Ökonomie ins Zentrum des politischen und sozialphilosophischen Denkens und wurde zum Ausgangspunkt einer neuen Sicht auf die Grundlagen, Prinzipien und Dynamiken von Staat und Gesellschaft. Besonders einflussreich war dabei ein Ideenkomplex, der von Albert O. Hirschman mit Hinweis auf eine entsprechende Formulierung Montesquieus als „Lehre vom *doux commerce*“ bezeichnet worden ist.⁷ Er bündelt darin Motive und Vorstellungen, die bei vielen Unterschieden im Detail von einer großen Zahl von Philosophen und politischen Schriftstellern, aber auch von Vertretern staatlicher Verwaltungen, Kaufleuten oder Diplomaten vorgetragen und mehr oder weniger elaboriert entwickelt wurden. Sie lassen einen systematischen Zusammenhang erkennen, der für das politisch-ökonomische Denken und die Legitimation der bürgerlichen Gesellschaften grundlegend geworden und seitdem immer wieder aktualisiert worden ist.

Den Ausgangspunkt bildet eine neuartige Sicht auf den Menschen und die Art und Weise, seine sozialen Beziehungen zu denken und zu organisieren. Der Niedergang und Zerfall der Bindewirkung christlicher wie ständischer Norm- und Lebensordnungen führte vor allem seit dem 17. Jahrhundert zu einer immer stärkeren Berücksichtigung und Anerkennung der Individuen und ihrer je eigenen ‚Leidenschaften‘ und ‚Interessen‘. Auch wenn die Begründungen und Bewertungen ganz unterschiedlich ausfallen, bildeten *Eigeninteresse (self interest)* und *Eigenliebe (amour propre)* nunmehr zunehmend den Ausgangspunkt der Konstruktion politischer und gesellschaftlicher Ordnungen.⁸ Man kann die Sozialtheorien im und seit dem 17. und 18. Jahrhundert danach unterscheiden, welche Form der sozialen Integration solcher eigeninteressierter Individuen sie entwerfen.⁹ In Theorien wie denen des klassischen und modernen Republikanismus, der Staatsraison sowie der neuzeitlichen Vertragstheorie sind es Staat und Politik, die die institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen und Regeln festlegen und organisieren, die für die Ausübung und Entfaltung wie für die gesellschaftliche Vereinbarkeit individuellen Strebens nach Selbst-

7 Hirschman 1987: 69 mit Bezug auf Montesquieu 1951: II, 2 (XX. 1).

8 Zu den unterschiedlichen Interpretationsrichtungen von Eigen- und Selbstliebe vgl. Force 2003.

9 Vgl. Perrot 1992: 334 f.; Rosanvallon 1999, hier v. a. Vorwort 1998 u. Teil 1; Hont 2005: 37 ff. Es handelt sich bei dieser Differenzierung wohlgerne um eine *analytische* Entgegensetzung von Modi der sozialen Integration – jener „qua Staat“ und jener „qua Markt“ –, deren Bedeutung und Ausgestaltung seit dem 18. Jahrhundert gerade kontrovers diskutiert bzw. bestritten wird.

erhaltung und der je eigenen Interessen erforderlich sind. Dem stehen jene Ansätze gegenüber, die unmittelbar bei den gesellschaftlichen und ökonomischen Austauschbeziehungen zwischen den Menschen und Völkern ansetzen und die Genese von Regeln, Institutionen und Mechanismen aus diesen selbst abzuleiten suchen. Sie erblicken im sozialen Zusammenhang einer Pluralität eigeninteressiert handelnder Individuen die Wirksamkeit eines Mechanismus, der sie, so Pierre Nicole 1682, gerade als eigennützig Handelnde miteinander verbindet, indem sie sich „einander nützlich zu machen suchen“. Dieser Mechanismus ist derjenige des Handels:

„Man gibt, um etwas zu bekommen. Dies ist die Quelle und die Grundlage allen Handels (*commerce*), der zwischen den Menschen betrieben wird und der sich auf tausenderlei Weise bemerkbar macht. Denn man handelt nicht allein mit Waren, die man für andere Waren oder für Geld hergibt, sondern man handelt auch mit Arbeiten, Diensten, Bemühungen und Höflichkeiten (*civilités*). [...] Auf diese Art werden mittels dieses Handels alle Bedürfnisse des Lebens in gewisser Weise befriedigt, ohne dass die Liebe (*charité*) dabei eine Rolle spielt.“¹⁰

Zunehmend rücken Handel und Marktbeziehungen ins Zentrum des gesellschaftlichen Lebens und der sozialen Integration; der Markt ist nicht mehr nur „irgendein Schauplatz, sondern Ort von sozialer Ordnung schlechthin“.¹¹ Die Welt erscheint als eine Gott oder der Natur zu verdankende Einrichtung, besiedelt von einer Vielzahl von Menschen mit je unterschiedlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten, die eine Erdoberfläche bewohnen, die je nach Region ganz unterschiedliche natürliche Bedingungen und Ressourcen bietet. Das Streben nach der Befriedigung ihrer Bedürfnisse treibt die Menschen deshalb zu Kooperation und Tauschverkehr auf allen Ebenen. Aufklärer wie Montesquieu, Hume oder Kant folgen hier Vorstellungen, wie sie seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ausgebildet wurden und sich bei Nicole ebenso finden wie 1675 bei Jacques Savary, dem Verfasser eines Handbuchs für Kaufleute, dem zufolge leicht zu erkennen ist, dass „die Vorsehung Gottes die Dinge auf der Erde verteilt hat“, damit die Menschen „einander bedürfen“ und „miteinander in Austausch treten“, so „dass die wechselseitige Notwendigkeit, mit der sie einander stützen, die Freundschaft zwischen ihnen befördert. [...] Es ist dieser dauerhafte Austausch aller Annehmlichkeiten des Lebens, die den Handel ausmacht“.¹²

„Handel“ und „Märkte“ stehen dieser Vorstellung gemäß also nicht für spezifische Aktivitäten und gesellschaftliche Handlungssphären unter anderen, sondern bilden die Grundlage, den Mechanismus und die Triebkraft ‚zivilisierter‘ Gesellschaften selbst. Aus ihnen nämlich, so Savary, erklärten sich die außerordentliche Produktivität und Fortschrittsdynamik marktwirtschaftlich strukturierter Gesellschaften.

10 Nicole 1682: 139 u. 140.

11 Vogl 2011: 45.

12 Savary 1675: 1; vgl. Montesquieu 1951: 7 (XX. 5); Hume 1988: 254; Kant 1923: 363 f.

Da diese Fortschritte in allen Bereichen der individuellen, gesellschaftlichen und auch internationalen Praxisbeziehungen sichtbar werden, wird diesem Marktmechanismus eine gleichsam normative Bedeutung zugeschrieben, woraus wiederum die Forderung abgeleitet wird, die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Maßnahmen, Einrichtungen und Verhaltensweisen zu realisieren.

Mit der Verallgemeinerung der Markt- und Tauschbeziehungen verbinden sich Erwartungen, die Wohlstand, Zivilisation, Freiheit und Frieden geradezu systemisch miteinander verkoppeln. Die natürlich und historisch entstandene Arbeitsteilung und die Unterschiede hinsichtlich der Bedürfnisse, Fähigkeiten und Ressourcen sind die Voraussetzung dafür, dass Menschen einander „nützlich“ sind und aus „Eigeninteresse“ Güter produzieren und Dienstleistungen erbringen.¹³ Schon unmittelbar nach der Wende zum 18. Jahrhundert beschreibt Boisguilbert diesen Zusammenhang von besonderem und allgemeinem Interesse und der Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstandes durch das Streben nach dem individuellen Vorteil:

„Ein jeder trägt mit seinen ganz besonderen Interessen Tag und Nacht dazu bei, daß der Reichtum aufrechterhalten bleibt, und ein jeder trägt gleichzeitig, obwohl er daran am wenigsten denkt, zur Bildung des allgemeinen Wohls bei, von dem er sich, obwohl er wohlhabend ist, immer noch einen besonderen Vorteil verspricht.“¹⁴

Auf diese Weise entwickelt sich diesen Ansätzen zufolge eine Dynamik der Entfaltung von immer neuen Bedürfnissen, wachsender Arbeitsteilung und Produktivität. Angetrieben vom Spiel von Angebot und Nachfrage werde durch die Befriedigung von individuellen Interessen – sei es durch den Konsum erworbener Güter und Leistungen, sei es durch das Einstreichen des Gewinns beim Verkauf von Waren und Dienstleistungen – nicht nur der individuelle, sondern auch der gesellschaftliche Wohlstand gesteigert, der nunmehr als die Gesamtheit der produzierten und konsumierten Güter und Dienstleistungen bestimmt wird.¹⁵ Handel, Reichtum und ein dynamischer und produktiver Sozialzusammenhang gehören, so schreibt Boisguilbert 1707, untrennbar zusammen:

„Der Reichtum besteht [...] in diesen sich ständig verknüpfenden Verflechtungen, d. h. in den Beziehungen von Mensch zu Mensch, von Berufszweig zu Berufszweig, von Land-

13 Vgl. die berühmte Formulierung Adam Smiths: „Jeder, der einem anderen irgendeinen Tausch anbietet, schlägt vor: Gib mir, was ich wünsche, und du bekommst, was du benötigst. [...] Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe“ (Smith 1978: 17). Wie die schon zitierten Passagen Nicoles und anderer zeigen, stehen Smith und andere Aufklärer hier in einer Traditionslinie, die sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen lässt, so etwa bei den französischen Jansenisten und Moralisten; vgl. Perrot 1992: 345 ff.; Hont 2005: 47 ff.; Faccarello 2006.

14 Boisguilbert 1986: 194.

15 Montesquieu 1951: 23 f. (XX. 23).

strich zu Landstrich und selbst von einem Königreich zum andern. [...] Der Reichtum eines Staates beruht auf seinem fortwährenden Handel. Weder der Boden noch die Arbeiter noch die Tätigkeiten dürfen jemals auch nur einen einzigen Augenblick zur Ruhe kommen.“¹⁶

Diese Form gesellschaftlicher Produktion und Austauschbeziehungen hat den Vertretern dieses sozialphilosophisch-ökonomischen Denkens zufolge unmittelbare Implikationen für die Formen des gesellschaftlichen Umgangs, sozialen Verkehrs und der herrschenden normativen Orientierungen. Die Logik des Marktes setzt die wechselseitige Anerkennung der Individuen als unabhängige Tauschpartner voraus, die in freie, durch ihre jeweiligen Interessen bestimmte Beziehungen eintreten und diese Interessen durch Tauschakte zu befriedigen suchen. Damit scheint sie Formen der Macht- und Gewaltanwendung als Form der Aneignung von Gütern und fremder Arbeit auszuschließen. Wo der Handel regiere, regierten jene zivilisierten Regeln, „sanfte Sitten“ und Umgangsformen, die dem *doux commerce* ihren Namen geben. Dieser erfordere nämlich zivile Umgangsformen, „ein gewisses Gefühl für strenge Rechtlichkeit“ und den Verzicht auf Hinterlist und Betrug.¹⁷ Zudem erkennen manche Vertreter dieser These eine historische Tendenz hin zum Abbau von Vorurteilen und zur Entwicklung von Toleranz in Fragen kultureller und religiöser Differenzen: Die stetige Praxis des Handels sorge für intellektuelle und kulturelle Austausch- und Lernprozesse, für den Vergleich und das Abwägen der jeweiligen Vor- und Nachteile von Sitten, Konventionen, Einrichtungen und Überzeugungen¹⁸ – wenn nicht letzten Endes das Interesse an Tauschwaren und Gewinn kulturelle und religiöse Unterschiede gänzlich gleichgültig werden lasse.¹⁹

Die Bestimmung und Beschränkung von Staat und Politik bildet ein wesentliches Ziel der Vertreter der These vom *doux commerce* und der ihm innewohnenden Tendenz zur Zivilisierung. Dies gilt auf begründungstheoretischer wie auf praktisch-politischer Ebene. Insofern nämlich die Grundlagen der Vergesellschaftung durch Tauschbeziehungen zwischen Menschen organisch-vorpolitisch gestiftet zu werden scheinen, muss staatliche Ordnung als etwas Sekundäres gelten. Wie schon in Lockes naturrechtlicher Begründung des Staates als Garant einer Eigentumsordnung und geldvermittelter Tauschbeziehungen, erblicken auch die bei Handel und Markt

16 Boisguilbert 1986: 194 u. 342.

17 Vgl. Montesquieu 1951: 2 u. 3 (XX. 1 u. 3); schon Savary (1675: 1) erklärt, dass „der Handel [...] die Sanftheit (*douceur*) des Lebens bewirkt“, und Hume (1988: 194) sieht „Gewerbe, Bildung und Menschlichkeit [...] durch eine untrennbare Kette verbunden“.

18 Hierzu etwa Montesquieu 1951: 2 (XX. 1) u. ö.; Hume 1988: 197 f.

19 So sieht Voltaire 1734 an der „Londoner Börse [...] die Abgesandten aller Völker der Menschheit versammelt. Da handelt der Jude, der Mohammedaner und der Christ einer mit dem anderen, als seien sie desselben Glaubens“ (Voltaire 1994: 33 f.); vgl. auch Saint-Pierre 1713/17: II, 127–129 oder Raynal 1780: III, 298 (XII. 24).

ansetzenden Denker im Staat vor allem eine Einrichtung, die zur Gewährleistung und Sicherung solcher Regeln und Maßnahmen besteht, diese Wirtschafts- und Sozialordnung selbst aber nicht antastet.²⁰ Dabei scheint die Beschränkung politischer Macht durch die Mechanismen von Handel und privater Interessenverfolgung praktisch selbsttätig zu erfolgen. Denn da Reichtum und Stärke von Staaten auf Steuern, Anleihen und sonstigen regelmäßigen Einnahmequellen beruhen, liege es in deren ureigenem Interesse, Eigentum, Rechte und Gewinnaussichten von Kapitalbesitzern und Produzenten nicht zu schmälern. Wo staatliche Willkür und Despotie drohten und die Gewinne und das erworbene Eigentum der Bürger nicht vor politischen Eingriffen sicher seien, fliehe einerseits das seit der Einführung von Wechselland und transnationalen Bank- und Geschäftsverbindungen mobil gewordene Kapital aus dem Land.²¹ Andererseits gingen Investitionen, die Produktion und damit auch die besteuerten Einkommen und Gewinne zurück, womit der Staat seiner Existenzgrundlagen beraubt würde. Freiheit und Sicherheit von Handel, privater Interessenverfolgung und Aneignung einerseits und die Macht und der Reichtum des Staates andererseits könnten demnach nur im Einklang miteinander bestehen.²²

Diese dem Handel zugeschriebene Dynamik von Zivilisierung, Wohlstand und Frieden wirkt sich diesem Modell zufolge notwendig auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen aus. Denn Märkte, auf denen Rohstoffe und Produkte gehandelt werden können und das Tausch- und Gewinninteresse der Akteure befriedigt werden kann, überschreiten, sofern sie nicht künstlich beschränkt werden, auch nationale Grenzen und verbinden Individuen und Völker. Damit scheinen sich die positiven Wirkungen des Handelsverkehrs auch auf internationaler Ebene zu reproduzieren. So konstatiert Montesquieu eine „natürliche Neigung des Handels [...], zum Frieden geneigt zu machen“, denn „Völker, die miteinander Handel treiben, werden wechselseitig abhängig voneinander“ und durch das Interesse an dem für sie alle vorteilhaften Tausch miteinander verbunden.²³ Eine Politik, die auf militärische Stärke setzt oder gar die gewaltsame Ausdehnung und Eroberung von Ländern und Märkten verfolgt, um dadurch Ruhm, Macht und Reichtum zu erlangen, würde sich deshalb darin täuschen, worin das „wahre Interesse“ des Staates liegt. In Gesell-

20 Für *Locke* (1977: 289 [II, § 139]) „wird alle *Regierung* [...] unter der Bedingung und *mit dem Zweck* anvertraut, um den Menschen *ihr Eigentum* zu bewahren und zu sichern“. Die Beschränkung auf diese Funktion betonen Theoretiker der Aufklärung von *Mandeville* (1968: 351 f.) über *Hume* 1988: 182 und *Smith* 1978: 582 bis zu *Ferguson* 1986: 286 und *Condorcet* 1976: 152.

21 Zur „anti-despotischen“ Folge der Erfindung des Wechsels vgl. *Montesquieu* 1951: 70 f. (XX. 20).

22 Selbst ein Spätmerkantilist wie James Steuart betonte 1767, dass nun, wo der Staat „von den Folgen der Industrie“ abhängt, „von der Macht der Fürsten weniger Gefahr zu fürchten“ ist, so dass „die moderne Wirtschaft der wirksamste Zaum [...] gegen die Torheit des Despotismus“ sei (zit. nach *Matis/Bauer* 1988: 236).

23 *Montesquieu* 1951: 2 (XX. 2).

schaften, die auf Privateigentum, Produktion für Märkte und Freiheit des Handels beruhen, scheinen die Bürger diesen Lehren zufolge naturgemäß für eine friedens- und rechtsbasierte Außenpolitik und Organisation der internationalen Beziehungen zu optieren.²⁴ Seit dem frühen 18. Jahrhundert suchen so zahlreiche Vertreter der Aufklärung systematisch zu begründen, warum der „Geist der Eroberung“ und das „System des Krieges“ überwunden und durch den „Geist des Handels“ abgelöst werden müssen: Krieg und Machtpolitik nämlich seien weder legitime noch effektive Formen internationaler Beziehungen.²⁵ Die Dynamik von Handel und Nutzenkalkül scheint also zu einer friedensorientierten Ordnung zu tendieren und Formen internationaler Kooperation, kollektiver Sicherheit oder transnationaler Institutionen und Regelungen der Konfliktlösung hervorzubringen, die wiederum die globale Entfaltung von Handel, Wohlstand und allgemeinem Fortschritt befördere.

Die These vom *doux commerce*, seinen Bedingungen und Wirkungsweisen impliziert also in der Summe die Vorstellung, dass mit dem auf Eigeninteresse basierenden Austausch auf freien Märkten ein Verflechtungszusammenhang und eine Entwicklungsdynamik entsteht, die gleichsam naturwüchsig Wohlstand, Freiheit und Frieden innerhalb und zwischen Gesellschaften hervorbringt und beständig steigert. Sie verweist damit auf die ihr zugrundeliegende Überzeugung von der Existenz einer natürlichen Ordnung, die von den verschiedenen Theoretikern zwar auf unterschiedliche Weise – theologisch, moralisch, geschichtsphilosophisch oder soziologisch – konzeptualisiert wird, doch strukturell auf identische Weise im Sinne einer „unsichtbaren Hand“ wirksam ist.²⁶ Ihr zufolge muss man der Natur ihren Lauf lassen und darf sie nicht durch bewussten politischen Eingriff in die Mechanismen des „System[s] der natürlichen Freiheit“ stören, wenn die Potentiale der „entwickelten und kommerzialisierten Gesellschaft“ (*civilized and commercial society*) zur Entfaltung kommen sollen.²⁷ Diese Sichtweise läuft somit, wie Pierre Rosanvallon es formuliert hat, gleichsam auf die Apologie eines „utopischen Kapitalismus“ hinaus, der in der Utopie eines Marktes gründet, der kein rein ökonomisches Modell ist, sondern der zentrale Vermittlungsmechanismus für alle politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen auf nationalstaatlicher wie auf inter- und transnationaler

24 Vgl. in diesem Sinne noch *Kant* 1923: 351.

25 Vgl. *Saint-Pierre* 1713/17: I, xii, 154 ff. u. passim; *Melou* 1736: 79 f.; *Montesquieu* 2000: 137 f. (Nr. 810); *Hume* 1988: 251 ff.; *Raynal* 1780: III, 298 (XII. 24) u. 485 (XIII. 55); *Kant* 1923: 368.

26 Zur Entstehungsgeschichte des Konzepts der *invisible hand* vgl. *Viner* 1972; *Perrot* 1992: 333 ff.

27 *Smith* 1978: 582 u. 664; vgl. *ebd.*: 442, wo er zwei Gesetze dahingehend beurteilt, sie seien „ein Eingriff in die natürliche Freiheit und daher unrecht. Auch waren sie ebenso unklug wie ungerrecht“. Das oft mit dem Schlagwort vom „laissez faire“ verbundene Vertrauen auf das natürliche Zusammenspiel der wirtschaftliche Eigeninteressen verfolgenden Individuen ist von Boisguilbert und Mandeville über den Marquis d’Argenson und Vincent de Gournay bis zu Turgot und Smith das ganze Aufklärungsjahrhundert hindurch für viele Aufklärungsvertreter leitend.

Ebene.²⁸ Einmal eingerichtet und von störenden Hindernissen und Eingriffen befreit, scheint der Handel so eine historische Eigendynamik zu entwickeln, die zur globalen Durchsetzung seiner wohlstands-, freiheits- und friedensstiftenden Potentiale führt.

III. Die Anfänge von modernem Staat, Kapitalismus und internationalem System

Retrospektiv betrachtet, ist der Erfolg der Ideen des *doux commerce* in den politischen und wissenschaftlichen Debatten seit dem 18. Jahrhundert nicht überraschend. Sie bieten ein rationales, auf wenigen Prinzipien beruhendes, in sich konsistentes und vor allem auch normativ attraktives Erklärungsmodell für das Funktionieren moderner, durch Tauschprozesse freier und gleicher Produzenten und Anbieter auf Märkten strukturierter Gesellschaften. Dieses Modell ist in die Grundlagen der klassischen und neoklassischen politischen Ökonomie und des liberalen Denkens des 19. und 20. Jahrhunderts eingegangen und liegt auch heute noch der Ansicht zugrunde, Handel und freie Märkte führten zu Wohlstand, Frieden und politischer Freiheit in offenen Gesellschaften. Dass diese Konstruktion jedoch eine Vorstellung vom Prozess der Herausbildung, des Zusammenwirkens und der Dynamiken von Politik, Ökonomie und internationalen Beziehungen im 17. und 18. Jahrhundert vermittelt, die mit der historischen Wirklichkeit nur schwer in Einklang zu bringen ist, ist angesichts der sich faktisch vollziehenden Entwicklungen offensichtlich. Und wie die Beiträge des vorliegenden Bandes zeigen, war dies auch den Zeitgenossen oftmals bewusst. Die Ideen und Diskurse zu Bedeutung und Wirkung des Handels müssen deshalb, wie im Folgenden angedeutet werden soll, als spezifische Konstruktionen im Rahmen der theoretischen und praktischen Versuche verstanden werden, politische, ökonomische und soziale Verhältnisse, Entwicklungen und Projekte zu erklären, zu kritisieren oder zu legitimieren, die widersprüchlich und umkämpft sind.

Auf einer allgemeinen Ebene ist die frühe Neuzeit durch drei säkulare Transformationsprozesse gekennzeichnet, die ungeachtet aller räumlichen und zeitlichen Differenzen und Ungleichzeitigkeiten im Resultat zur Herausbildung einer von modernen Gesellschaften und Staaten geprägten Welt geführt haben²⁹:

Erstens entstanden die Voraussetzungen der modernen Sozial- und Wirtschaftsverfassung. Die Bedingung dafür war die sukzessive Herauslösung von Individuen und sozialen Gruppen aus ständisch und traditional bestimmten Lebensordnungen, was mit Konzepten wie Individualisierung, Säkularisierung und Pluralisierung

28 Vgl. *Rosanvallon* 1999; *Vogl* 2011, Kap. 2.

29 Ausführlicher zum Folgenden vgl. *Asbach* 2011: 32 ff. Eine prägnante Darstellung dieses Prozesses unter Einbeziehung der zeitgenössischen Reflexionsformen bei *Bauer/Matis* 1988: 189 ff.

umrissen werden kann. Einen wichtigen Faktor bildete dabei der Niedergang grundherrschaftlicher und lehensrechtlich bestimmter Formen der Organisation von Produktion und sozialen Beziehungen. Dieser war wesentlich mit der Ausweitung frühkapitalistischer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und der sie tragenden Gruppen und Schichten verbunden, was langfristig zur Umwälzung der Strukturen und Normen gesellschaftlicher Organisation, des sozialen Handelns, der Selbst- und Weltbilder und normativen Orientierungen führte.

Zweitens vollzog sich die Herausbildung des modernen Staates. Die Ausübung politischer Gewalt und die Verfügungsgewalt über das Setzen und die Durchsetzung positiven Rechts wurden im Laufe langer Kämpfe den traditionellen und ständischen Mächten und Inhabern persönlicher Rechte, Freiheiten und Privilegien sowie den kirchlichen Institutionen entrissen und in den Institutionen einer Zentralgewalt zusammengefasst oder von diesen zumindest bestimmt. Auch wenn dieser Prozess zumeist die Form von dynastischen Herrschaften annahm und bis zum Ende des Ancien Régime nur rudimentär verwirklicht wurde, bildeten sich auf diese Weise die Grundlagen von Staatswesen, die mit den Mitteln eines bürokratisch organisierten Rechts-, Verwaltungs- und Gewaltapparates Herrschaft über ein spezifisches Territorium und seine Bevölkerung auszuüben vermochten.

Drittens entstand damit ein neuartiges System der internationalen Beziehungen. Mit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges wurde in der Mitte des 17. Jahrhunderts eine internationale Ordnung festgeschrieben, die zwar unmittelbar nur die Verhältnisse in Zentraleuropa betraf, jedoch direkt und indirekt die globalen Beziehungen prägte. An die Stelle übergreifender politisch-geistiger Einheitskonzepte wie denen einer universellen *christianitas*, eines Reiches oder einer Universalmonarchie trat nunmehr eine Vielzahl einzelner Staaten, die nach innen und außen den Anspruch auf souveräne Herrschaft, d. h. auf die letztverbindliche Entscheidung über Recht und Unrecht ihrer Handlungen erhoben und wechselseitig anerkannten. Das internationale System wurde so zu einer Sphäre struktureller Konkurrenz und Kooperation einer Pluralität von Akteuren, die in neuen machtpolitischen und völkerrechtlichen Formen konzeptionalisiert und organisiert wurden und agierten.³⁰

Es kann und muss an dieser Stelle nicht darauf eingegangen werden, welcher Zusammenhang zwischen diesen Prozessen bestand, ob sie also je eigenständige Ursachen und Entwicklungsdynamiken hatten und sich erst im Laufe der Zeit miteinander verbanden, oder ob einer der Prozesse eine spezifische Leitfunktion und Dynamik besaß und die Entwicklung der anderen anstieß und vorantrieb. Unverkennbar ist in jedem Fall, dass diese Entwicklungen nur analytisch trennbar sind und einen Zusammenhang bildeten, der von tiefgreifenden historischen und regionalen

30 Vgl. hierzu den systematischen Überblick in *Asbach* 2012.

Kontingenzen und Besonderheiten geprägt war und alles andere als gradlinig und ohne Widersprüche, geschweige denn konflikt- und gewaltfrei verlief. Die Voraussetzungen und die Genese der Welt, in der im Aufklärungsjahrhundert über die Wirkungen von *commerce* und *commercial society* gestritten wurde, müssen deshalb bewusstgemacht werden, um diese angemessen bestimmen zu können.

Was die Entwicklung post-ständischer, im weitesten Sinne bürgerlicher Schichten, Normen und Weltbilder angeht, wie sie zuerst in den Städten entstanden, so vollzog sie sich in enger Verbindung mit den entstehenden Staatsgewalten bzw. jenen Akteuren, die nach zentralisierter Herrschaftsgewalt strebten. Dies gilt für weite Teile der Trägerschichten des humanistischen Denkens und dann der *République des lettres* ebenso wie für jene des neu aufkommenden Wissenschafts- und Universitätssystems, des Bildungswesens oder moderner Verwaltungen und Einrichtungen der Rechtspflege. Denn um sich gegen die herrschenden Formen grundherrschaftlicher Produktions-, Aneignungs- und Rechtsverhältnisse durchsetzen zu können, bedurfte der sich seit dem 15. und 16. Jahrhundert ausweitende Handels- oder Kaufmannskapitalismus des Schutzes und der Förderung durch übergreifende politische Gewalten und Institutionen. Nur mit deren Hilfe konnten die partikularistische Zersplitterung von Rechts-, Macht- und Sozialbeziehungen überwunden und jene infrastrukturellen Voraussetzungen für die Tausch- und Sozialbeziehungen geschaffen werden, die zur Etablierung und Ausweitung von Binnenmärkten, Handel und der entsprechenden Ausrichtung der Produktion erforderlich waren.³¹

Gleichzeitig war die Ausbildung und Erhaltung moderner territorialstaatlicher Herrschaft abhängig von der Entwicklung von Wirtschaft und Handel. Nur ein florierender Handel sorgte für steigende Produktivität in Landwirtschaft und Gewerbe und damit neben dem Fernhandel für jene Gewinne, die von den Staatsgewalten zum einen mit regulären und Sondersteuern belegt werden konnten und zum anderen jenes Kapital bildeten, das ihnen in Form von Krediten geliehen werden konnte. Dies erst ermöglichte es, die eigene Macht und die hierfür erforderlichen Einrichtungen, finanziellen und personellen Ressourcen auf Dauer zu sichern: Der moderne Staat entstand als „Steuerstaat“ bzw. „fiscal-military state“, dessen politische und militärische Organisations- und Herrschaftsmacht auf Dauer nur als „Kompaniegeschäft“ mit den Trägerschichten einer dynamischen, auf Gewinn in Handel und Produktion zielenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung gesichert werden konnte.³²

31 Vgl. *Polany* 1978: 87 ff. – Für einen Überblick über die Entstehungsbedingungen des Frühkapitalismus und unterschiedliche Erklärungsansätze vgl. *Fulcher* 2007 (Kap. 1 u. 2) u. *Kocka* 2013 (Kap. 1 u. 3).

32 Zur Entwicklung vom Domänen- zum „Steuerstaat“ vgl. *Reinhard* 2000, Teil IV (hier S. 334–337 zusammenfassend zum Verlaufsmuster). Vom „Kompaniegeschäft“ des frühneuzeitlichen Staates „mit dem emporstrebenden Kapitalismus“ spricht *Sombart* 1916: I, 369. Zum „fiscal-military state“ vgl. *Brewer* 1989 sowie *Storrs* 2009 im europäischen Vergleich.

Diese miteinander verkoppelten Prozesse des Aufstiegs von Handel und Marktbeziehungen wie auch von Staaten in der frühen Neuzeit vollzogen sich auf eine Weise, in der nichts für eine Logik des *doux commerce* sprach. Ganz im Gegenteil bedingten und provozierten einander offenbar die Prozesse der Ausbildung von Staaten, frühkapitalistischer Formen der Produktion und bürgerlicher Gesellschaft einerseits und die permanenten Konflikte und Kriege andererseits.³³ Dies gilt im Hinblick auf die *innerstaatliche Dimension*, d. h. die Organisation der sozialen Verhältnisse als Fundament der politischen, ökonomischen, finanziellen und militärischen Stärke und Lebensfähigkeit der Gesellschaft. Die außerordentliche Bedeutung, die hierbei der organisierten Gewaltausübung zukam – sei es zur Ausschaltung konkurrierender Gewalten, zur Finanzierung oder zur sozialdisziplinierenden Formierung des Gesellschaftszusammenhangs –, prägte auch die komplementäre Seite dieses Prozesses: die dadurch generierte *internationale Dimension* als die eines Systems von gegeneinander abgeschlossenen und miteinander um politische, ökonomische und territoriale Macht konkurrierenden Staaten.

In den Staatenbildungskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts und der damit verbundenen Ausbildung des europäischen Staatensystems war die globale Dimension von Anfang an konstitutiv.³⁴ Die Suche der Portugiesen und Spanier nach dem Seeweg nach Indien, der Aufbau von Kolonien in Amerika sowie von Stützpunkten und Handelsverbindungen mit Asien und Afrika bildeten entscheidende Faktoren des politischen und ökonomischen Ausbaus und der relativen Macht der entstehenden Staaten im europäischen Kontext. Die Beherrschung der Weltmeere, die Eroberung von Kolonien, Rohstoffen und neuen Märkten, die Beteiligung am Übersee- und insbesondere am Sklavenhandel, die Einspeisung der geraubten Gold-, Silber- und anderen Schätze aus den überseeischen Gebieten in den Wirtschaftskreislauf bildeten seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert dann auch für die neu aufstrebenden Mächte – so vor allem für die Niederlande, England und Frankreich – unverzichtbare Fundamente ihrer Entwicklung.³⁵ Staatsbildung und Ausbildung eines europäischen Staatensystems, Aufstieg von Handel und Kaufmannskapitalismus und überseeische Expansion waren nur unterschiedliche Seiten eines und desselben Prozesses, der das Europa der frühen Neuzeit durchzog und prägte.

Dabei wurde im Laufe der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts deutlich, dass Frankreich und England jene beiden Staaten waren, die in der Folgezeit um die politische und wirtschaftliche Hegemonie auf dem europäischen Kontinent und dem neu entstehenden, von europäischen Mächten geprägten „Weltsystem“ ringen und

33 Der Rest dieses Absatzes paraphrasiert *Asbach* 2011: 34–36; dort auch weitere Belege.

34 Zum Konzept der Staatenbildungskriege vgl. *Burkhardt* 2009 u. *Teschke* 2009.

35 Zum Zusammenhang von Expansion, ökonomischer und politischer Machtsteigerung sowie europäischem System vgl. *Haudrère* 2006: 227 ff.

dadurch entscheidend geprägt werden sollten.³⁶ Bei allen Unterschieden besaßen sie die wesentlichen Voraussetzungen, um die neue, von starken Territorialstaaten und einem dynamischen, marktgesteuerten Wirtschaftssystem getriebene Expansion europäischer Mächte und ihrer Institutionen, Normen und Weltbilder anzuführen. Dementsprechend wurden Frankreich und England von der Wende zum 18. Jahrhundert an zu den umkämpften Zentren und „Vorbilder[n] in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur“, und damit auch „in ganz Europa die Angelpunkte der Reflexionen und der Versuche auf dem Gebiet der Politik“³⁷ sowie jener zur politischen Ökonomie und zur Bedeutung von *commerce* in der modernen Gesellschaft.

IV. Ambivalenzen des ‚commerce‘ in Theorie und Praxis der Aufklärung

Es ist vor diesem Hintergrund folgerichtig, dass die systematische Auseinandersetzung mit den Grundlagen, Bedingungen und Folgen von *Handel* bzw. Wirtschaft generell im 17. Jahrhundert in einer ganz neuartigen Weise einsetzte und im 18. Jahrhundert ins Zentrum der politischen und sozialen Theorie und Praxis rückte. Die Debatten um Ökonomie, Handel und die Idee eines *doux commerce* im politischen Denken der Aufklärung, die das Thema des vorliegenden Bandes bilden, können nur in den skizzierten konkreten Entstehungs- und Diskurszusammenhängen angemessen verstanden und auf ihre historische, analytische und systematische Bedeutung hin bewertet werden. Sie sind durch eine Reihe von Merkmalen gekennzeichnet, die für die intellektuellen Bewegungen dieser Zeit insgesamt charakteristisch sind.

Die Diskurse über die politische und gesellschaftliche Bedeutung des Handels sind *erstens* nicht lediglich Ausdruck oder Reflexion der historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen, sondern bilden einen integralen Teil und Faktor der sich hier vollziehenden Prozesse und Auseinandersetzungen und greifen direkt oder indirekt in sie ein. „Argumente“ und „Konzepte“, „Ideen“ und „Theorien“ sind mithin niemals frei von politisch-praktischen und normativ-kritischen, in spezifischer Weise wirkenden Interventionen und Implikationen.³⁸ Um diese Konzepte und Debatten angemessen analysieren zu können, müssen deshalb *zweitens* die räumlichen, regional und national spezifischen Zusammenhänge, in denen die jeweiligen Positionen entwickelt und in die Debatten eingeführt werden, Berücksichtigung finden. Wie in

36 Das im weiteren Sinne verstandene Konzept des „Weltsystems“ verdeutlicht, dass das in der frühen Neuzeit entstehende Staatensystem und der entstehende Weltmarkt einen integralen und dynamischen, durch asymmetrische Macht- und Herrschaftsbeziehungen geprägten Zusammenhang bilden.

37 Mandrou 1981: 16.

38 So sind die Sprecher oft in politischen, administrativen oder wirtschaftlichen Positionen und Zusammenhängen als Akteure, Berater oder Intellektuelle tätig, die in direkter Weise oder auch indirekt über die entstehenden Formen der aufklärerischen Öffentlichkeit wirksam sind.

der Aufklärungsbewegung generell, so werden auch die zentralen Konzepte und Argumente in Fragen von Handel und Ökonomie in dieser Epoche wesentlich im Bannkreis der französischen und englischen Debatten geführt und finden dort ihre wichtigsten Repräsentanten.³⁹ Zugleich bilden sie *drittens* einen transnationalen Diskurs- und Verflechtungszusammenhang. Ebenso wie die politischen, ökonomischen und soziokulturellen Entwicklungen der Zeit immer stärker durch das konfliktreiche Zusammenspiel verschiedener Staaten, sozialer und ökonomischer Akteure und Interessen dominiert wurden, so vollziehen sich auch die politisch-ökonomischen Debatten der Aufklärung in dauerhafter Beziehung aufeinander, gekennzeichnet durch Prozesse wechselseitigen Lernens und Austauschs wie solche der Abgrenzung.⁴⁰ Auf inhaltlicher Ebene sind die Konzeptionen und Debatten dabei *viertens* von einer sachlichen und fachlichen Breite geprägt, wie sie für die *philosophes* des Aufklärungszeitalters typisch ist. Dies ergibt sich in diesem Zusammenhang aber auch unmittelbar aus den historisch konkreten Verflechtungen, insofern, wie dargelegt, die Ausbildung der modernen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen, Staaten und internationalen Beziehungen in der frühen Neuzeit untrennbar miteinander verbunden sind. Folglich erfordert die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit diesen Prozessen im politischen und sozialphilosophischen Denken der Aufklärung eine systematische und umfassende Reflexion auf die Grundlagen, Zusammenhänge und Wirkungen der Entwicklungen in all diesen unterschiedlichen Dimensionen.

Diese Charakteristika der aufklärerischen Reflexion prägen bereits die Anfänge der systematischen Auseinandersetzung mit der „politischen Ökonomie“ im 17. Jahrhundert.⁴¹ Erstmals wird hier die Entwicklung von Landwirtschaft, Binnen- und Außenhandel, von Manufakturen und Gewerbe, der Akkumulation von Geld und Edelmetallen zum Zweck der Steigerung des Reichtums der Nation als Gegenstand und Aufgabe zielgerichteten Handelns des Staates bestimmt. Aus der je spezifischen Praxis der entstehenden Staaten heraus wurde eine Lehre der politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge und Mechanismen entwickelt, die entsprechend unterschiedliche regionale Ausprägungen erfuhr und seit dem 19. Jahrhundert als

39 Aus diesem Grund konzentriert sich die Mehrheit der Beiträge des vorliegenden Bandes auf Ansätze und Strömungen politisch-ökonomischen Denkens im frankophonen und britischen Raum.

40 Seit dem 17. Jahrhundert häufen sich die kritischen oder affirmativen Verweise auf Frankreich oder England in vielfältigen kulturellen, politischen und ökonomischen Debatten. Die wohl bekanntesten Beispiele hierfür sind die Konstruktionen eines idealisierten Englands durch Voltaire oder Montesquieu, die ihnen als Medium der Kritik an den Verhältnissen in Frankreich dienten. In der zweiten Jahrhunderthälfte wurden diese wiederum von Autoren in England aufgegriffen, so etwa in Edmund Burkes Stilisierung der *ancient constitution* als Gegenpol zum revolutionären Frankreich.

41 Der Begriff wurde erstmals wohl 1611 von Louis de Mayern-Turquet verwendet und findet sich 1614 im Titel von Antoine de Montchrétiens *Traicté de l'æconomique politique*. Zu einem knappen begriffsgeschichtlichen Überblick vgl. Burkhardt/Oexle 1992, v. a. 550–577 u. Lichtblau 1999: 171–177; vgl. hierzu auch Cheney, in diesem Band, S. 208 ff.

„Merkantilismus“ bezeichnet wird. Gemeinsam war allen Varianten dieser Konzeption der Versuch, die ökonomischen und finanziellen Grundlagen der Macht des Staates im internationalen System zu denken und politisch organisierbar zu machen. Weit davon entfernt, Handel und Marktwirtschaft als staatsfrei und friedensorientiert zu konzipieren, wird hier gerade auf den direkten Zusammenhang zwischen Staatsgewalt, Handel und militärischer Macht von Staaten in den internationalen Beziehungen abgehoben.⁴² Prägnant brachte dies der Namensgeber des *colbertisme* als der französischen Version des Merkantilismus, Nicolàs Colbert, zum Ausdruck; als Minister Ludwigs XIV. betrieb er eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die die Grundlage für den nach innen und außen mächtigen Staat bildete, und erklärte 1666: „der Handel ist die Quelle der Finanzen, und die Finanzen sind der Lebensnerv des Krieges“.⁴³ Die der praktischen Politik der Zeit entsprechende politische Ökonomie als systematische Reflexion der Grundlagen und Ziele eines auf Handel, geldbasierter und marktorientierter Ökonomie beruhenden Reichtums der Nationen wird mithin nicht außerhalb, sondern ganz im Einklang mit der Staatsraison der frühneuzeitlichen Machtstaaten im internationalen Zusammenhang entwickelt:

„[D]enn welche Ziele setzt sich die politische Ökonomie am Ende? Nun, sie setzt sich die Bereicherung des Staates zum Ziel [...], [um] den Wettstreit zwischen den Staaten auf geeignete, angepaßte und immer erfolgreichere Weise zu sichern. Die politische Ökonomie beabsichtigt gerade die Aufrechterhaltung eines gewissen Gleichgewichts zwischen den Staaten, damit haargenau dieser Wettstreit stattfinden kann, d. h. sie übernimmt ganz genau die Ziele der Staatsraison, die der Polizeistaat, der Merkantilismus und das europäische Gleichgewicht zu verwirklichen gesucht hatten.“⁴⁴

Dieser Zusammenhang von sich entfaltendem Handel und Ökonomie einerseits, gesellschaftlichem Reichtum und staatlicher Herrschaft andererseits trat um 1700 in eine neue Phase und gewann im Laufe des Jahrhunderts eine Dynamik, die die Gesellschaften Europas und der Welt langfristig vollständig verwandelte. Im französischen wie im englischen Sprachraum rückte dabei der Begriff des *commerce* ins Zentrum der öffentlichen Debatten.⁴⁵ Dabei erweiterte sich der Bedeutungsgehalt des Begriffs im Laufe des 18. Jahrhunderts in aufschlussreicher Weise: *Commerce* bezeichnete nicht mehr nur den wirtschaftlichen Austausch von Gütern, sondern zugleich auch die materiellen und praktischen, kulturellen und geistigen Verbindungen, Austausch- und Lernprozesse innerhalb und zwischen Gesellschaften generell. Indem beiden Dimensionen des Begriffs ein wechselseitig konstitutiver Zusammen-

42 *Schmoller* 1898, v. a. 32–51; vgl. *Stern/Wennerlind* 2014, wirtschaftsgeschichtlich: *Peuckert* 2012.

43 *Colbert* 1854: 37.

44 *Foucault* 2006: 31.

45 Zu England vgl. *Ottow* 1996: 20: „Zwischen 1690 und 1720 gelangten wirtschaftliche Themen, verbunden mit dem Begriff ‚Commerce‘, in den Vordergrund der öffentlichen Diskussionen“ und verweisen auf „eine signifikante thematische Verschiebung der gesellschaftlichen Diskurse“.

hang zugesprochen wird, rückt *commerce* ins Zentrum sozialer und zivilisatorischer Entwicklung.⁴⁶ In diesem Aufschwung des Begriffs *commerce* kristallisiert sich die zeitgenössische Erfahrung, dass der Erfolg auf inneren und äußeren Märkten, die Akkumulation von Privateigentum, Geld und Kapital und der Wettbewerb in allen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen und internationalen Verkehrs in der modernen Welt eine zentrale Rolle für Individuen und Gesellschaften spielen und überkommene Formen der Produktion, gesellschaftlicher Integration und Normen sowie politischer und sozialer Machtverhältnisse unaufhaltsam an Bedeutung verlieren.

Frankreich wie England durchliefen bei allen Unterschieden den Aufstieg zu mächtigen, auf stetigem Wachstum von Produktion, Handel und monetärem Reichtum beruhenden Staaten mit kulturell, wissenschaftlich und technisch dynamischen Gesellschaften. Traditionale ständische Lebensformen, Bindungen und Orientierungen lösten sich dabei immer stärker auf, und mit ihren sich stetig ausweitenden Handelsverbindungen und kolonialen Eroberungen strebten diese Nationen danach, globale Imperien zu werden. Die mit dem Begriff *commerce* verbundenen Diskurse machten diese umfassenden Transformationsprozesse zum Gegenstand der Reflexion, um sie verstehen und erklären, auf ihre Folgen hin beurteilen und politisch-praktisch beeinflussen zu können. Die „politische Ökonomie“ rückte auf diese Weise ins Zentrum des Verständnisses von Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und internationalen Beziehungen und wurde im Denken der Aufklärung einerseits zu *der* Gestalt einer systematischen und vergleichenden Wissenschaft von den Grundlagen und Problemen des Reichtums der Nationen, andererseits zur „archetypical science of reform, premised on the unavoidability of commercial society as an element of human progress, and encompassing in consequence international relations as the correlate of domestic progress“.⁴⁷ Vorangetrieben wurde sie von staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren ebenso wie von Gelehrten und Intellektuellen, die der Aufklärungsbewegung zugerechnet werden, wobei sich diese Personen- und Ideenkreise weithin überschneiden oder gänzlich zusammenfielen.

Vor diesem Hintergrund sind die Beiträge zu verstehen, die Autoren wie Saint-Pierre, Montesquieu und Hume, Rousseau und Mably, die Physiokraten und Adam Smith, Emer de Vattel und die französischen Revolutionäre oder Kant und Fichte im Laufe des 18. Jahrhunderts zu den Fragen des Zusammenhangs von Politik, Ökonomie und internationalen Beziehungen im entstehenden kapitalistischen Weltssystem vorgelegt haben: Sie sind Teil von Diskurs- und Meinungskämpfen, die die Verständnisweisen der modernen Welt, die Selbstverständnisse der in ihr Handelnden

46 So etwa Forbonnais 1753 in der *Encyclopédie* (vgl. mit Nachweisen *Asbach*, in diesem Band, unten S. 46) oder *Hume* 1986: 191 ff. Zur Semantik *Rosanvallon* 1999: 63 ff.; *Roche* 1993: 39 f.

47 *Whatmore* 2012: 81; vgl. *ebd.*: 85 zu „the great age of comparative study in political economy“.

wie auch die Konzepte, sich praktisch zu ihr zu verhalten, wesentlich geprägt haben. Wenn sie sich mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und friedenspolitischen Wirkungen von Handel, Marktwirtschaft und Kapitalismus befassen, wie sie unter dem Schlagwort *doux commerce* subsumiert werden, erfolgt dies im Rahmen konkreter Auseinandersetzungen, in denen sie Stellungnahmen und Beiträge zu Entwicklungen, Interessen- und Machtkämpfen formulieren. Dabei zeigt sich, dass diese Prozesse erheblich konfliktreicher, umstrittener und widersprüchlicher sind, als dies aus einer Perspektive der Fall erscheint, die sie auf ihre ökonomischen Mechanismen reduziert. Die für Individuen und Gesellschaften vermeintlich segensreichen Wirkungen eines ‚natürlichen Systems‘ von Handel, Nutzen- und Gewinnstreben erscheinen vielmehr als Folge eines hochgradig ambivalenten Projekts, und zwar sowohl mit Blick auf Gesellschaft (a) und die politische Ordnung (b) wie auch auf die internationale Beziehungen (c).

(a) Die Folgen von Handel und Marktorientierung für Individuen und Gesellschaft waren von Anfang an Gegenstand heftiger Kontroversen. Zwar setzte sich im 18. Jahrhundert die Anerkennung der produktiven Resultate einer auf individueller Freiheit, Interessenverfolgung und Privateigentum beruhenden, arbeitsteilig strukturierten Wirtschafts- und Sozialordnung zunehmend durch und bildete bei vielen Autoren den Ausgangspunkt und Zweck ihrer politischen und sozioökonomischen Argumentation. Zugleich wurden jedoch die negativen Effekte dieses Vergesellschaftungsmodus thematisiert. Die Kritik am Verlust politischer Tugend und an der durch Reichtum und Luxus beförderten Korruption der Sitten, ein Topos im klassischen Republikanismus, wurde in unterschiedlichen Varianten selbst von denen geübt, die die Vorteile der *commercial society* priesen.⁴⁸ Die ihr innewohnende Orientierung an einem kalkulierenden Nutzendenken und an rein partikularen Interessen bewirke, dass, so etwa Montesquieu, „mit allen menschlichen Handlungen und allen sittlichen Tugenden Handel getrieben wird“, und Smith merkte kritisch an, dass „selbst die kleinsten Dinge, die die Menschlichkeit gebietet, [...] nur gegen Geld getan oder gewährt“ werden.⁴⁹ Arbeitsteilung und Spezialisierung führten dahin, dass man in breiten Schichten der abhängig Arbeitenden „verlernt, seinen Verstand zu gebrauchen[,] und so stumpfsinnig und einfältig wird, wie ein menschliches Wesen nur eben werden kann“.⁵⁰ Auch Verfechter der *commercial society* wie Mandeville, Smith oder Ferguson erkennen die systematische Ungleichheit zwischen den Menschen und Klassen, die durch diese Form gesellschaftlicher Arbeitsteilung und privater Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums erzeugt

48 Zu den Wandlungen des klassischen Republikanismus in der Aufklärung *Pocock* 2003, Kap. XIV.

49 *Montesquieu* 1951: II, 3 (XX. 2); vgl. hierzu auch den Beitrag von *Platania* in diesem Band.

50 *Smith* 1978: 662.

und verschärft wird, doch werden sie insgesamt als unvermeidliche und dynamisierende Faktoren gerechtfertigt.⁵¹ Ohne die außerordentliche Produktivität und die prinzipiell unendliche Fortschrittsdynamik der bürgerlichen Gesellschaft und Zivilisation zu leugnen, sahen Rousseau und andere gerade in dieser Logik die Quelle von Entfremdung, Ausbeutung und Knechtung, die umso stärker wirke, als sie auch von vielen aufgeklärten Geistern gar nicht mehr als solche wahrgenommen werde.⁵²

(b) Ebenso war das Verhältnis zwischen einer auf Handel und Marktwirtschaft basierenden Gesellschaft und dem Staat ein Gegenstand breiter, für das weitere politisch-ökonomische und sozialphilosophische Denken paradigmatischer Debatten. Auch Verfechter der Idee einer auf der Logik von arbeitsteiliger Produktion, Handel und Märkten beruhenden ‚natürlichen Ordnung‘ der *commercial society* bzw. einer in ihr wirkenden ‚unsichtbaren Hand‘ wiesen darauf hin, dass Märkte nur durch politische und rechtliche Institutionen und Eingriffe konstituiert und dauerhaft gesichert werden können.⁵³ Es ging somit weniger darum, ob politische oder ökonomische Prinzipien der Koordination und Organisation moderner Gesellschaften gelten, sondern primär um die Klärung der Beziehung *zwischen* diesen für sie konstitutiven Dimensionen und um ihre konkrete Ausgestaltung. Dabei wurde, wie bereits gesehen, zwar oftmals die Ansicht vertreten, dass die Ausbreitung des Handels eine Mäßigung der Willkür staatlicher Herrschaftsausübung bewirke, da sie von dem durch ihn generierten Reichtum abhängig sei und deshalb auf Eingriffe in Eigentum und Marktbeziehungen verzichten müsse. Nicht weniger oft zeigt sich jedoch ein klares Bewusstsein für gegenläufige Entwicklungen. Zwar stellten nur wenige explizit die grundsätzliche Frage, inwieweit ein auf der Ungleichheit gesellschaftlicher Eigentums- und Machtverhältnisse beruhender Staat die Freiheit und Gleichheit der Bürger überhaupt garantieren kann.⁵⁴ Doch die Furcht vor den Folgen der Herrschaft der „Reichen“ wie vor dem „Despotismus“ des Staates durchzieht eine Vielzahl von Abhandlungen insbesondere zu den Gefahren wachsender Staatsverschuldung und eines Staatsbankrotts, die das ganze 18. Jahrhundert hindurch beschworen wurden.⁵⁵

51 So wachsen Ferguson zufolge „die Vermögensungleichheiten in starkem Maße“, doch dadurch werde immerhin die Mehrheit des Volkes „durch die Notdurft gezwungen [...], jedes Talent anzuwenden, das sie besitzt“ (Ferguson 1986: 387).

52 Vgl. neben den beiden Diskursen von 1750 und 1755 das plastische Bild der auf üppigen Festen die Vorzüge der Zivilisation preisenden *philosophes*, die blind sind gegenüber den Kosten, die diese in der arbeitsteiligen Gesellschaft verursachen, bei Rousseau 1991: 187 f.

53 Vgl. Hume 1986: 177 u. 190 oder Smith, der die „Politische Ökonomie“ ausdrücklich „als Zweig der Wissenschaft [bezeichnete], die eine Lehre für den Staatsmann und den Gesetzgeber entwickeln will“ (Smith 1978: 347). Zur Bedeutung von Staat und Regieren für die Ökonomie bei Smith, Hume und den Physiokraten vgl. die Beiträge von Bohlender, Buchan und Thamer in diesem Band.

54 Neben Rousseau v. a. Mably oder Fichte; vgl. die Beiträge von Spector, Thamer und Nakhimovsky.

55 Vgl. etwa Montesquieu 1951: 109 f. (XX. 17); Hume 1988: 274 ff.; Smith 1978: 786; Raynal 1780: IV, 589 ff., 598 f. u. 660 ff. (XIX. 6 u. 11); Ferguson 1986: 458 f.

In England wie in Frankreich beruhte der Ausbau mächtiger Staaten immer stärker auf der Gewährung von Krediten durch das Finanz- und Spekulationskapital, was einerseits eine wachsende Abhängigkeit der Staaten von mächtigen Finanziers und Spekulanten und den von ihnen verfolgten Interessen nach sich zog.⁵⁶ Andererseits wuchs damit auch die Gefahr, dass sich Inhaber der Staatsgewalt durch einen Staatsbankrott sanierten, d. h. die Schuldner enteignen und ein despotisches Regime errichten könnten, das aufgrund der politisch-ökonomischen und militärischen Ressourcen moderner Staaten mächtiger als alle bisherigen sein würde.⁵⁷

(c) All diese Entwicklungen berührten unmittelbar das System der internationalen Beziehungen, in dem die Ausbildung und Entfaltung von Handel und modernem Staat die zentralen Faktoren und Triebkräfte sind. Die Erwartungen, die aus der Perspektive der These vom *doux commerce* für ein System friedlichen Wettbewerbs und wechselseitiger Bedürfnisbefriedigung in einem internationalen Positivsummenspiel zu sprechen scheinen, stehen auf eine erstaunliche Weise quer zur historischen Erfahrung und zur Komplexität politisch-ökonomischer Argumentationen und Analysen im Jahrhundert der Aufklärung.⁵⁸ Empirisch sind die politischen Theoretiker und Praktiker der Zeit mit dem Umstand konfrontiert, dass die Konkurrenz der aufstrebenden Machtstaaten Europas durch die Konkurrenz des Handels nicht gemildert oder gar aufgehoben, sondern umgekehrt gerade in ungeahnter Weise gesteigert wurde und eine neuartige Dynamik erhielt.⁵⁹ Der Handel, der von Saint-Pierre über Hume bis zu Smith als Argument für einen von Macht und partikularen Interessen freien Austausch zum Wohle aller Parteien präsentiert wird, erweist sich zugleich als Mittel und Medium des Streben nach politischer und wirtschaftlicher Hegemonie, Herrschaft und Ausbeutung und ist dabei Anlass von Kriegen, die, wie Alexander Hamilton 1787 schrieb, „in hohem Maß durch kommerzielle Überlegungen motiviert [waren], durch den Wunsch zu verdrängen oder die Angst[,] verdrängt zu werden“.⁶⁰ Das 18. Jahrhundert brachte den Durchbruch eines globalisierten, von europäischen Staaten und Unternehmen dominierten Weltsystems, das zur Bildung neuer Handelsimperien, Kolonien, Märkte und Handelsrouten eine Vielzahl von Konflikten und Kriegen nach sich zog. Sie besaßen schon den Charakter von Weltkriegen,

56 Vgl. für England *Wennerlind* 2011; für England und Frankreich *Stasavage* 2003.

57 Vgl. umfassend zu dieser Thematik die Studien von *Shovlin* 2006 und *Sonensher* 2007.

58 Grundlegend zu diesen Debatten *Hont* 2005.

59 Dies sehen natürlich auch die Verfechter der These vom *doux commerce*: „Der Handel, der seiner Natur nach unter Völkern wie unter einzelnen Menschen eigentlich ein Band der Eintracht und Freundschaft knüpfen sollte, wurde [...] zu einer höchst starken Quelle für Uneinigkeit und Feindschaft.“ (*Smith* 1978: 406). Sie verbuchen dies aber auf dem Konto ‚falscher‘ politischer oder ökonomischer Einrichtungen und Einstellungen.

60 *Hamilton/Madison/Jay* 1994: 29. Vgl. zur Reflexion des Zusammenhangs von Handel und internationaler Macht z. B. die Beiträge von *Cheney*, *Stapelbroek/Trampus* und *Bélissa* in diesem Band.

insofern es auf den Schlachtfeldern Europas bereits um die politische und ökonomische Macht auf anderen Kontinenten ging, ebenso wie dort um die Hegemonie im europäischen System gekämpft wurde.⁶¹ Der „Geist des Handels“ und „die Ideen des Handels und des Geldes“ erwiesen sich also gerade nicht als friedlich, sondern als politische und ökonomische Herrschaft gleichermaßen steigernde Triebkräfte.⁶² In einer globalisierten Welt, die dergestalt von mächtigen Staaten und wirtschaftlichen Interessen beherrscht wird, schwindet die Aussicht auf Formen politischer Autonomie und Freiheit, die sich deren Mechanismen und Zwängen entziehen könnten. Was Rousseau, Mably oder Fichte, aber auch der einem verabsolutierten *esprit de commerce* letztlich skeptisch gegenüberstehende Montesquieu kritisieren,⁶³ wird von Saint-Pierre, Hume, Smith oder Kant als ökonomisch wirksame, aber politisch, rechtlich, kulturell und nicht zuletzt auch militärisch zu sichernde Zivilisierungsmision europäischer Aufklärung angesehen und begrüßt:

„Sanfter und schöner noch ist es aber vielleicht, ganz Europa mit arbeitsamen Nationen bevölkert zu sehen, die ohne Unterlass den Globus umfahren, um ihn nutzbar zu machen und den Menschen anzueignen, um mit dem belebenden Atem des Gewerbefleißes (*industrie*) alle nutzbringenden Keime der Natur in Bewegung zu setzen, um den Abgründen des Ozeans und den Eingeweiden der Felsen neue Quellen der Nahrung oder des Vergnügens abzufordern [...]. Die Ursachen eines so glänzenden Wohlstandes werden bald gefunden sein, und die Nationen werden ihre alten Irrtümer und verderblichen Vorurteile ablegen und eilen, Grundsätze zu übernehmen, die so gute Ereignisse zeitigen. Die Umwälzung wird allgemein sein. Überall werden sich die Wolken zerstreuen. Ein heiterer Tag wird den ganzen Globus erleuchten. Die Natur wird wieder die Herrschaft über die Welt übernehmen. Dann oder nie wird jener allgemeine Frieden (*paix perpétuelle*) anbrechen.“⁶⁴

Die im vorliegenden Band diskutierten Positionen dokumentieren ein breites Spektrum von Ansätzen, die die von Handel, Geld und Marktprinzipien geprägten Gesellschaften, wie sie sich seit dem Aufklärungsjahrhundert entwickelt haben, auf vielfältige Weise analysieren, diskutieren und repräsentieren. Die hier geführten Debatten verweisen auf die Potentiale, Ambivalenzen und Widersprüche der modernen Gesellschafts- und Weltordnung, wie sie bis in die Gegenwart hinein bestehen. Sie machen deutlich, dass Politik und Ökonomie, Staat und Markt, Macht- und Tauschprinzipien keine einander ausschließenden Formen sind, moderne pluralisierte Gesellschaften zu koordinieren und zu organisieren, zwischen denen man beliebig wählen könnte. Auch und gerade in einer Welt der globalisierten und universalisierten, von Gewinninteressen getriebenen Form der Produktion und Reproduktion

61 Vgl. *Asbach* 2011: 34–40. – So erklärte William Pitt nach dem Siebenjährigen Krieg, man habe Kanada – bis 1763 französische Kolonie – auf den Schlachtfeldern Deutschlands erobert.

62 *Rousseau* 1989: 18.

63 Vgl. hierzu die Beiträge von *Platania*, *Spector*, *Thamer* und *Nakhimovsky* in diesem Band.

64 *Raynal* 1780: IV, 586 u. 603. Vgl. zu den genannten unterschiedlichen Varianten der Globalisierung des *commerce* die Beiträge von *Asbach*, *Buchan*, *Bohlender* und *Hünig* in diesem Band.

individueller und sozialer Lebenszusammenhänge werden Strukturen und Mechanismen von politischer Macht und Herrschaft in immer neuen Formen und Konstellationen generiert, und damit auch ihre widersprüchlichen, produktiven wie konflikthaften und allzu oft auch destruktiven Konsequenzen.

Literatur

- Albrow, Martin*, 1998: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im globalen Zeitalter, Frankfurt/M.
- Asbach, Olaf*, 2011: Die Globalisierung Europas und die Konflikte der Moderne. Dynamiken und Widersprüche in der Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen in der frühen Neuzeit, in: Sven Externbrink (Hrsg.): Der Siebenjährige Krieg. Ein europäischer Weltkrieg im Zeitalter der Aufklärung, Berlin, S. 27–64.
- Asbach, Olaf*, 2012: Ordnungen des Friedens – Ordnungen des Konflikts. Ambivalenzen der Diskurse zur internationalen Ordnungstiftung im 18. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 13, S. 55–85.
- Bauer, Leonhard/Matis, Herbert*, 1988: Geburt der Neuzeit. Vom Feudalsystem zur Marktgesellschaft, München.
- Benz, Arthur*, 2012: Eine Gestalt, die alt geworden ist? Thesen zum Wandel des Staates, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 40, S. 223–247.
- Boisguilbert, Pierre Le Pesant de*, 1986: Denkschriften zur wirtschaftlichen Lage im Königreich Frankreich. Hrsg. von Achim Toepel, Berlin.
- Brewer, John*, 1989: The Sinews of Power. War, Money and the English State, 1688–1783, London.
- Burkhardt, Johannes*, 2009: Wars of States or Wars of State-Formation, in: Olaf Asbach u. Peter Schröder (Hrsg.): War, the State and International Law in Seventeenth-Century Europe, Farnham, S. 17–34.
- Burkhardt, Johannes/Oexle, Otto Gerhard* 1992: Art. „Wirtschaft“, in: Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 7, Stuttgart, S. 511–594.
- Cheney, Paul*, 2010: Revolutionary Commerce: Globalization and the French Monarchy, Cambridge (Mass.)/London.
- Colbert, Jean-Baptiste*, 1854: Lettres, instructions et mémoires, publiés d’après les ordres de l’Empereur. Hrsg. von Pierre Clément, Bd. III, Teil 1 – Marine et galères, Paris.
- Condorcet, Marie-Jean-Antoine Caritat, Marquis de*, 1976: Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes (1794). Hrsg. von Wilhelm Alff, Frankfurt/M.
- Deitelhoff/Geis* 2010: Entkernt sich der Leviathan? Die organisatorische und funktionelle Umrüstung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik westlicher Demokratien, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 38, S. 389–410.
- Faccarello, Gilbert*, 2006: La ‚liberté du commerce‘ et la naissance de l’idée de marché comme lien social, in: Philippe Nemo u. Jean Petitot (Hrsg.): Histoire du libéralisme en Europe, Paris, S. 205–253.
- Ferguson, Adam*, 1986: Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Hrsg. von Zwi Bacha u. Hans Medick, Frankfurt/M.
- Force, Pierre*, 2003: Self-Interest before Adam Smith: A Genealogy of Economic Science Ideas, Cambridge.

- Foucault, Michel*, 2006: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesung am Collège de France 1978–1979. Hrsg. von Michel Sennelart, Frankfurt/M.
- Fulcher, James*, 2007: Kapitalismus, Stuttgart.
- Gantzel, Hans-Jürgen*, 2000: Handel und Frieden. Ein klassischer Topos der Friedensbestrebungen und seine Bedeutung im Zeitalter der Globalisierung, in: Ulrich Menzel (Hrsg.): Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen, Frankfurt/M., S. 323–346.
- Gauck, Joachim*, 2014: Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen. Rede anlässlich der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 in München [www.bundespräsident.de (9.04.2014)].
- Hamilton, Alexander/Madison, James/Jay, John*, 1994: Die *Federalist*-Artikel (1787/88). Hrsg. von Angela u. Willi Paul Adams, Paderborn u. a.
- Haudrère, Philippe*, 2006: Les Compagnies des Indes orientales. Trois siècles de rencontre entre Orientaux et Occidentaux (1600–1858), Paris.
- Hirsch, Joachim*, 2005: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Weltsystems, Hamburg.
- Hirschman, Albert O.*, 1987: Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg, Frankfurt/M.
- Hont, Istvan*, 2005: Jealousy of Trade. International Competition and the Nation-state in Historical Perspective, Cambridge.
- Hont, Istvan*, 2005: The early Enlightenment debate on commerce and luxury, in: Mark Goldie u. Robert Wokler (Hrsg.): The Cambridge History of Eighteenth-Century Political Thought, Cambridge, S. 379–418.
- Hume, David*, 1988: Politische und ökonomische Essays (1758). Hrsg. von Udo Bernbach, 2 Bände, Hamburg.
- Kant, Immanuel*, 1923: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf (1795), in: Kants gesammelte Schriften. Hrsg. von der Königl.-Preuß. Akad. der Wissenschaften, Bd. VIII, Berlin 1923, S. 343–386.
- Kocka, Jürgen*, 2013: Geschichte des Kapitalismus, München.
- Lichtblau, Klaus*, 1999: Das Zeitalter der Entzweiung. Studien zur politischen Ideengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin.
- Mandeville, Bernard de*, 1968: Die Bienenfabel oder: Private Laster, öffentliche Vorteile (1714/1729). Hrsg. von Walter Euchner, Frankfurt/M.
- Mandrou, Robert*, 1981: Staatsraison und Vernunft 1649–1775. 3. Aufl., Frankfurt/M. u. a.
- Melon, Jean-François*, 1736: Essai politique sur le commerce. Nouvelle édition augmentée, o. O.
- Montesquieu, Charles Louis de Secondat*, 1951: Vom Geist der Gesetze (1748). Hrsg. von Ernst Forsthoff, Tübingen.
- Nicole, Pierre*, 1682: De la charité et de l'amour-propre, in: Essais de morale. Bd. III, Paris, S. 134–193.
- Ohmae, Kenichi*, 1996: Der neue Weltmarkt. Das Ende des Nationalstaates und der Aufstieg der regionalen Wirtschaftszonen, Hamburg.
- Ottow, Raimund*, 1996: Markt – Tugend – Republik. Probleme gesellschaftlicher Modernisierung im britischen politischen Denken 1670–1790, Berlin.
- Perrot, Jean-Claude*, 1992: Une histoire intellectuelle de l'économie politique, XVII^e–XVIII^e siècle, Paris.
- Peuckert, Helge*, 2012: Mercantilism, in: Jürgen G. Backhaus (Hrsg.): Handbook of the History of Economic Thought. Insights on the Founders of Modern Economics, Wiesbaden, S. 93–121.

- Pocock, John G. A.*, 2003: *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*. 2. Aufl., Princeton/Oxford.
- Polany, Karl*, 1978: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M.
- Raynal, Guillaume-Thomas*, 1780: *Histoire philosophique et politique des Établissements et du Commerce des Européens dans les Deux Indes*. 4 Bände, Genf.
- Reinhard, Wolfgang*, 2000: *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., München.
- Roche, Daniel*, 1993: *La France des Lumières*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre*, 1999: *Le capitalisme utopique. Histoire de l'idée de marché*, Paris.
- Rousseau, Jean-Jacques*, 1989: *Schriften über den Abbé de Saint-Pierre (1757/58)*, in: Ders.: *Kulturkritische und politische Schriften in zwei Bänden*. Hrsg. von Martin Fontius, Berlin, Bd. 2, S. 5–127.
- Rousseau, Jean-Jacques*, 1991: *Emil oder Über die Erziehung (1762)*. Hrsg. von Ludwig Schmidts, 10. Aufl., Paderborn u. a.
- Saint-Pierre*, 1713/17: *Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe*. 3 Bände, Utrecht 1713 u. 1717.
- Savary, Jacques*, 1675: *La Parfait Négociant ou Instruction générale pour ce qui regarde le commerce*, Paris.
- Schlotter, Peter*, 2013: *Freihandel, Globalisierung und Frieden*, in: Klaus Armingeon (Hrsg.): *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie. Festschrift für Manfred G. Schmidt*, Wiesbaden, S. 597–611.
- Schmoller, Gustav von*, 1898: *Das Merkantilssystem in seiner historischen Bedeutung: Städtische, territoriale und staatliche Wirtschaftspolitik (1884)*, in: Ders.: *Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte*, Leipzig, S. 1–60.
- Showlin, John*, 2006: *The Political Economy of Virtue. Luxury, Patriotism, and the Origins of French Revolution*, Ithaca/London.
- Smith, Adam*, 1978: *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen (1776)*. Hrsg. von Horst Claus Reckenwald, München.
- Sombart, Werner*, 1916: *Der moderne Kapitalismus. Erster Band in 2 Halbbänden*, Berlin [Reprint: München 1987].
- Sonensher, Michael*, 2007: *Before the Deluge: Public Debt, Inequality, and the Intellectual Origins of the French Revolution*, Cambridge.
- Stasavage, David*, 2003: *Public Debt and the Birth of the Democratic State. France and Great Britain, 1688–1789*, Cambridge.
- Stern, Philip J./Wennerlind, Carl*, 2014: *Mercantilism Reimagined: Political Economy in Early Modern Britain and Its Empire*, Oxford.
- Storrs, Christopher* (Hrsg.), 2009: *The Fiscal-Military State in Eighteenth-Century Europe*, Aldershot.
- Teschke, Benno*, 2009: *Revisiting the „War-Makes-States“ Theses: War, Taxation and Social Property Relations in Early Modern Europe*, in: Olaf Asbach u. Peter Schröder (Hrsg.): *War, the State and International Law in Seventeenth-Century Europe*, Farnham, S. 35–59.
- Viner, Jacob*, 1972: *The Role of Providence in the Social Order. An Essay in Intellectual History (Jayne Lectures for 1966)*, Philadelphia.
- Vogl, Joseph*, *Das Gespenst des Kapitals*. 3. Aufl., Zürich.
- Voltaire*, 1994: *Briefe aus England*. Hrsg. von Rudolf von Bitter, Zürich.
- Wennerlind, Carl*, 2011: *Casualties of Credit. The English Financial Revolution, 1620–1720*, Harvard.